

Wolfsbestände: Anhörung im Bundestag zeigt Handlungsbedarf

Der Umweltausschuss des Bundestages hat sich am Mittwoch in einer Anhörung mit der wachsenden Wolfspopulationen in Deutschland beschäftigt. Experten rechnen mit der dauerhaften Rückkehr des Wolfes auch nach Nordrhein-Westfalen. Das ist nicht unproblematisch. Hier konkurriert der Artenschutz mit Sicherheitsinteressen.

MdB Karsten Möring: „Die Sicherheit der Menschen hat oberste Priorität. Auch die Interessen von Viehhaltern gilt es zu beachten, denn der Wolf ist ein Raubtier. Deshalb müssen die Wolfsbestände auf das für den Artenschutz erforderliche Maß begrenzt werden, damit der Artenschutz in unserem dicht besiedelten Land möglich bleibt“. Auch der Abschuss von Wölfen dürfe dort, wo es erforderlich sei, kein Tabu sein.

Innen, Bau und Heimat: Seehofer-Bericht über Regierungsvorhaben

Der Innenausschuss des Bundestages hat am Mittwoch mit dem Bundesminister des Inneren, für Bau und Heimat, Horst Seehofer (CSU), über die innenpolitischen Regierungsvorhaben der laufenden Legislaturperiode beraten. Seehofer kündigte dabei an, dem Parlament noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf zur Einstufung weiterer Staaten als asylrechtlich sichere Herkunftsländer zuleiten zu wollen. Mit Blick auf die gleichfalls anstehende Gesetzesregelung zum Familiennachzug bei subsidiär



Stellte die Eckpunkte seines Hauses für die neue Legislaturperiode im zuständigen Bundestagsausschuss vor: Bundesminister Horst Seehofer (Bild: BMI)

Geschützten machte er deutlich, dass die Vorlage den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages entsprechen werde. Damit trat er Pressespekulationen entgegen, die schon einen Koalitionskonflikt witterten.

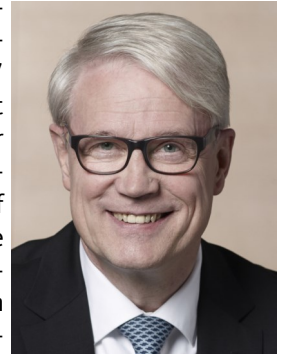
Zu den geplanten Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen für Schutzsuchende (Anker-Einrichtungen) stellte der Minister in Aussicht, dass zum Herbst dieses Jahres einige Pilot-Zentren errichtet werden sollten. Daneben warb er um Unterstützung bei der vorgesehenen Stellenaufstockung bei den Sicherheitsbehörden. Zugleich bekräftigte er, ein Musterpolizeigesetz entwickeln zu wollen.

Weniger Wohnungseinbrüche

Nach Berechnungen der Deutschen Presseagentur (dpa) ist die Zahl der registrierten Wohnungseinbrüche in Deutschland 2017 um mehr als ein Fünftel zurückgegangen. Der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring freute sich, dass die in der letzten Wahlperiode ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität Wirkung zeigen. „Das ist eine gute Nachricht, aber damit dürfen wir uns nicht zufrieden geben, denn jeder Einbruch ist für die Opfer zutiefst verstörend“, kommentierte Möring. „Wir setzen daher weiter auf das erfolgreiche KfW-Programm zur Einbruchsprävention, das wir aufstocken, auf die härtere Bestrafung des Einbruchsdiebstahls und auf zusätzliche Ermittlungsbefugnisse für die Sicherheitsbehörden“.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

es ist schockierend und empörend: Nach 47 Sekunden endet das Video über den antisemitischen Angriff diese Woche auf einen 21-jährigen Israeli in Berlin Prenzlauer Berg. Ein junger Mann hält einen Gürtel in seiner Hand, er holt weit aus und schlägt zu, dreimal. Auf Arabisch ruft er: „Tu das Handy weg. Du bist ein jüdischer Bastard“, dann: „jahudi“ (arabisch für Jude). Der Angegriffene lässt das Smartphone weiter laufen. Es kommt zum Handgemenge. Der Täter, ein syrischer Flüchtling, stellte sich inzwischen der Polizei.



Es ist eine Schande! Menschen jüdischen Glaubens dürfen sich bei uns nie wieder bedroht fühlen. Die Angst von Juden in Deutschland wird größer und diese Entwicklung ist absolut inakzeptabel. In Richtung von Flüchtlingen, die antisemitischen Hass verbreiten, sage ich: Wer jüdisches Leben in Deutschland ablehnt, gar bedroht, oder das Existenzrecht Israels infrage stellt, hat keinen Platz in unserem Land.

Diese Woche trafen sich die Kultusminister mit dem Zentralrat der Juden zu Beratungen über die Übergriffe in Schulen Zentralrats-Präsident Schuster sprach von einem „Bedrohungspotenzial - vor allem in Städten.“ Auch das dürfen wir nicht zulassen.

Leider viel Arbeit – auch für Felix Klein, den neuen Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung. In unser aller Interesse wünsche ich ihm eine erfolgreiche Arbeit.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Ausschuss berät über atomares Zwischenlager Jülich

Das atomare Zwischenlager am früheren Versuchsreaktor in Jülich muss geräumt werden, da die Betriebsgenehmigung ausgelaufen ist und das Zwischenlager heutigen Sicherheitsansprüchen auf die Dauer nicht genügen kann. Der künftige Umgang mit den 152 Castor-Behältern, in denen die bestrahlten Brennelemente gelagert sind, war Gegenstand einer ausführlichen Debatte im Umweltausschuss. In den Castorbehältern lagern insgesamt rund 300.000 kugelförmige Brennelemente, die zwischen den 60er und 80er Jahren in dem Versuchsreaktor in Jülich eingesetzt worden sind. Die Brennelemente sind als hochradioaktiver Abfall eingestuft.

Der Versuchsreaktor diente zur Erprobung eines Reaktortyps, der physikalisch einfacher und sicherer sein sollte als die heute gängigen Druckwasserreaktoren. In der Praxis gab es allerdings gravierende Probleme, insbesondere mit der Stabilität der Brennelemente. Letztlich ging der Prototyp nie in Serie und wurde 1988 abgeschaltet. Der Rückbau ist bis heute noch nicht abgeschlossen, weil die Anlage noch verstrahlt ist.



Info-Besuch bei der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen: Der technische Geschäftsführer Rudolf Printz und Dr. Guido Caspary, Leiter Dekontamination und Entsorgung, führen MdB Karsten Möring durch die Anlage. (Bild: privat)

Die Bundesregierung berichtete im Ausschuss über drei Optionen zum weiteren Umgang mit den abgebrannten Brennelementen. Transport, Aufbereitung und Endlagerung in die USA, den Transport ins Zwischenlager Ahaus oder einen Neubau in Jülich.

MdB Karsten Möring, verantwortlicher Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion im Umweltausschuss: „Wir sind an einer möglichst schnellen Lösung interessiert. Sie muss aber sowohl beim möglichen Transport als auch bei der Einlagerung maximale Sicherheit gewährleisten.“

Praktikum von Paula Fischer beendet

Nach ereignisreichen sieben Wochen ging nun die Zeit für die Studentin Paula Fischer im Deutschen Bundestag zu Ende. Im Rahmen ihres Praktikums bei Kölns CDU-MdB Karsten Möring gewann sie Einblicke in die Arbeit eines Abgeordneten und lernte den parlamentarischen Tagesablauf kennen. Sie nahm an Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen teil und verfolgte die Debatten im Plenum.



Schön war's: Verabschiedung von Paula Fischer mit besten Wünschen für die Zukunft durch MdB Karsten Möring auf der Dachterrasse des Jakob-Kaiser-Hauses. (Bild: privat)

Zu ihren Aufgaben zählte vor allem die Recherche von Themen, die MdB Möring in seinen Ausschüssen behandelte. Außerdem half sie bei der Beantwortung von Bürgeranfragen, die teils aktuelle teils aber auch spezielle Themen betrafen und so eine detaillierte Antwort verlangten. Die Zeit im Bundestag habe sie sehr genossen, so Paula Fischer. „Ich habe wertvolle Erfahrungen gesammelt und bin schon ein bisschen traurig, dass die Zeit leider zu Ende ist“, sagte sie.

Neben parlamentarischen Abenden und Frühstücken hatte die just während des Praktikums 21 Jahre alt gewordene Politik- und Jura-Studentin den Kölner MdB fast täglich zu verschiedenen Vorträgen und politischen Diskussionen im politischen Berlin begleitet. „Besonders gut gefallen hat mir dass ich oft über Themen tiefgreifend informiert wurde über die ich vorher nicht viel wusste und so meine Kenntnisse vertiefen konnte.“ In der sitzungsfreien Zeit konnte sie in Möring's Porzer Wahlkreisbüro weitere Einblicke gewinnen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 9 der 19. Wahlperiode

21. April 2018

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

